

19. Oktober 2021

# Blick in die Zeitungen von morgen

Der Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Spahn, die epidemische Lage von nationaler Tragweite zu beenden, stößt bei vielen Zeitungen auf Zustimmung. Gleichzeitig stellen die Kommentatoren klar, dass das nicht das Ende aller Corona-Maßnahmen bedeuten würde.



Schutzmaßnahmen wie das Tragen einer Maske in Zügen sollten fortgeführt werden – auch nach Ende der „epidemischen Lage“ in Deutschland (picture alliance / Geisler-Fotopress | Christoph Hardt/Geisler-Fotopres)

So schreibt zum Beispiel die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG**:

„Der Vorschlag von Gesundheitsminister Jens Spahn ist zu begrüßen, die Corona-Notlage in fünf Wochen zu beenden. Tatsächlich würde das Ende des Ausnahmezustandes nicht auf ein Ende der Pandemiebekämpfung hinauslaufen. Masken in Bussen und Bahnen, Impfnachweise oder Negativtests als Zulassungsbedingung für bestimmte Veranstaltungen: All das könnten die Länder dort weiter verordnen, wo viele Corona-Patienten auf den Intensivstationen landen.“

Die **FREIE PRESSE** aus Chemnitz ergänzt:

„Niemand – auch Spahn nicht – will, dass nach dem 24. November gar keine Coronaregeln mehr gelten. Vielmehr schlägt Spahn vor, dass Vorsichts- und Hygieneregeln weiter gelten – 3G und Aha-Bestimmungen.“

Und die **SÜDWEST PRESSE** aus Ulm erwartet:

„So wird es Ende November wohl kommen, die ‚Lage‘ läuft aus. Allerdings: Das dürfte keinen echten ‚Freedom Day‘, also die Aufhebung aller Beschränkungen, bedeuten, das traut sich die Politik noch nicht.“

Für den **KÖLNER STADT-ANZEIGER** käme ein Ende der epidemischen Lage noch zu früh, schließlich sei

„... die Virus-Gefahr noch nicht gebannt. Die Infektionszahlen steigen wieder an, und die Impfquote ist nach Ansicht fast aller Experten nicht ausreichend, um ohne neue Wellen durch den Winter zu kommen.“

Ein weiteres Thema ist der anhaltende Streit zwischen der EU und Polen über die Anerkennung des EU-Rechts. Der polnische Regierungschef Morawiecki legte dazu heute im Europaparlament seine Sicht der Dinge dar.

Die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** fand den Auftritt „erschütternd“:

„Im Streit um die Einhaltung des gemeinsamen rechtlichen Regelwerks zeigte der Regierungschef des EU-Staates keinerlei Einsicht. Morawiecki ging zur Attacke über und sprach von Erpressung. Aber weder EU-Kommission noch Europaparlament brechen die EU-Regeln. Es ist Morawieckis Regierung.“

Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** kommt zu dem Schluss:

„Polen will ein anderes Europa – und es ist mit diesem Wunsch nicht alleine. So beginnt ein zäher Kampf um den Bestand der EU. Offenbar fühlen sich Polen und seine Verbündeten – Ungarn, Slowenien oder andere Mitteleuropäer – nun stark genug, die Maschinerie nach ihren Vorstellungen zurückzubauen.“

Aus Sicht der **TAZ** stellt sich die Frage, ob die EU Polen den Geldhahn zudrehen soll. Das Problem sei aber, dass es darauf keine zufriedenstellende Antwort gebe – denn:

„Wenn die EU-Politiker noch lange zögern, werden sie endgültig unglaubwürdig. Wenn sie jedoch schnell und hart durchgreifen, riskieren sie den Bruch mit Polen – und eine Blockade im Ministerrat, wo Warschau sein Veto gegen wichtige Beschlüsse einlegen könnte. Die EU hat zu lange laviert, nun gibt es keine gute Option mehr.“

Deutschlandradio © 2009-2021

Deutschlandradio [Datenschutz](#) [Hilfe](#) [Impressum](#) [Kontakt](#) [Presse](#)

Partner [ARD](#) [ZDF](#) [Phoenix](#) [arte](#) [Chronik der Mauer](#)